

Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber, Dr. Hans Jürgen Fahn, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Claudia Jung, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FW)**

zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern – Klimaschutz und erneuerbare Energien in der Bayerischen Verfassung verankern!

A) Problem

Der Klimawandel ist eine der größten Bedrohungen der menschlichen Zivilisation. Seine Auswirkungen sind bereits in allen Teilen der Welt spürbar und werden sich, wenn nicht massive Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbaren Energien unternommen werden, weiter verstärken.

Der Klimawandel bedroht die natürlichen Lebensgrundlagen von Gesellschaft und Wirtschaft auch im Freistaat Bayern. Der Anstieg der Energiepreise und die fehlende regionale Wertschöpfung auf diesem Gebiet gefährden den Wirtschaftsstandort Bayern und den Wohlstand der Bevölkerung.

Bayern trägt aufgrund seiner starken Wirtschaftposition und der großen Bevölkerungszahl eine besondere Verantwortung für den Klimaschutz und würde vom Ausbau der erneuerbaren Energien massiv profitieren.

Zu den wesentlichen Aufgaben des Freistaats Bayern gehört sowohl der Schutz der Bevölkerung vor äußeren Gefahren als auch die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung des Wohlstandes der Bevölkerung. Die natürlichen Lebensgrundlagen muss Bayern nicht nur für gegenwärtige, sondern auch für kommende Generationen erhalten.

B) Lösung

Die Verwirklichung des Klimaschutzes durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Umstellung auf eine regionale, dezentrale und vor allem erneuerbare Energieversorgung werden als Staatsziele in die Verfassung explizit aufgenommen. Die Durchsetzung des Klimaschutzes hat bereits auf regionaler Ebene anzusetzen. Mit einer expliziten Aufnahme dieser Ziele in die Verfassung unterstreicht Bayern deren Wichtigkeit und sendet Signale für deren konsequente Durchsetzung aus. Bayern hat seit jeher eine Vorreiterrolle im Bereich der erneuerbaren Energien eingenommen.

Diese Verfassungsänderung trägt nicht nur zu einem erheblichen Anteil an den zwingend durchzuführenden Umsetzungsmaßnahmen zum Klimaschutz bei, sondern erhöht die regionale Wertschöpfung z.B. durch Steuereinnahmen, Sicherung der Beschäftigung und die Verringerung der Abhängigkeit von Energieimporten.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

Es entstehen keine unmittelbaren Kosten. In welcher Höhe Kosten durch die Umsetzung entstehen, kann noch nicht beziffert werden.

Gesetzentwurf

zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern

§ 1

Die Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. November 2003 (GVBl S. 817), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 141 Abs. 1 Satz 4 werden die Worte „und Luft“ durch die Worte „, Luft und Klima“ ersetzt.
2. Dem Art. 152 wird folgender Satz 3 angefügt:
„³Zur regionalen Wertschöpfung haben Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts die Aufgabe auf eine regionale, dezentrale und erneuerbare Energieversorgung des Landes umzustellen.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Begründung:

§ 1:

Zu Nr. 1:

Die erläuternde Aufzählung der zu schützenden Lebensgrundlagen in Art. 141 Abs. 1 Satz 4 BV ist nicht abschließend. Vielmehr fällt auch (trotz Nichtnennung) das Klima darunter. Durch die Nennung des Klimas wird die besondere Rolle des Klimaschutzes explizit hervorgehoben.

Zu Nr. 2:

Die Verankerung der erneuerbaren Energien im Abschnitt über die Wirtschaftsordnung würdigt nicht nur die ökologische, sondern auch die zentrale ökonomische Relevanz der Energieversorgung im Allgemeinen wie der erneuerbaren Energien im Besonderen. Die regionale Wertschöpfung durch Steuereinnahmen, Sicherung der Beschäftigung und Verringerung der Abhängigkeit von Energieimporten unterstreicht dies in besonderem Maße. Durch den Umstellungsauftrag wird die öffentliche Hand verpflichtet, im Rahmen des wissenschaftlich-technisch Möglichen und volkswirtschaftlich Vertretbaren alles zu tun, um eine möglichst weitgehende und sichere Versorgung des Landes aus erneuerbaren Energien zu gewährleisten.

§ 2:

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten.